©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

YECHIAM WEITZ

BEN-GURIONS WEG ZUM „ANDEREN DEUTSCHLAND" 1952–1963

Von 1948 bis 1953, und dann wieder von 1955 bis 1963, war David Ben-Gurion Ministerpräsident von Israel. Die Beziehung Israels zu Deutschland war in dieser Zeit eines der wichtigsten Themen auf der Tagesordnung des neuen Staates und wurde immer wieder zum Anlaß öffentlicher und politischer Krisen. Die erste entstand im Jahr 1952, als das israelische Kabinett beschloß, mit der Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer über die „Wiedergutmachungszahlungen" zu verhandeln. Eine weitere Krise entstand Ende 1957, als Ben-Gurion den damaligen Generalstabschef Moshe Dayan nach Deutschland schicken wollte, wo dieser mit den zuständigen Bonner Stellen über sicherheitspolitische Themen verhandeln sollte. Obwohl Ben-Gurion Dayans Reise geheimhalten wollte, erfuhren einige Minister der zionistisch-sozialistischen Parteien Achdut Ha'avoda und Mapam davon, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland entschieden ablehnten. Sie sorgten dafür, daß Dayans Reise bekannt wurde, was den Rücktritt Ben-Gurions und seines gesamten Kabinetts zur Folge hatte. Im Sommer 1959 kam es kurz vor den Wahlen zur Vierten Knesset, dem israelischen Parlament, erneut zum Konflikt. Diesmal war der Export von in Israel produzierten Waffen nach Deutschland der Anlaß, den Achdut Ha'avoda und Mapam entschieden ablehnten. Auch diese Krise endete mit dem Rücktritt Ben-Gurions und seines Kabinetts.

1960 stand die deutsche Frage neuerlich auf der Tagesordnung. Dies war auf das Treffen zwischen Ben-Gurion und Adenauer in New York am 14. März (Es war das einzige Treffen zwischen den beiden Politikern in ihren offiziellen Funktionen. Sie trafen sich erneut 1966, als der 90jährige Adenauer einige Monate vor seinem Tod Israel besuchte) und auf die Entführung Adolf Eichmanns in Argentinien im Mai 1960 zurückzuführen, der dann vor ein israelisches Gericht gestellt werden sollte. Aus der zeitlichen Nähe dieser beiden Ereignisse ergab sich das Problem, wie man Eichmann in Israel vor Gericht bringen und gleichzeitig die israelische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Bedeutung offizieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern überzeugen könne.

1962, dem Jahr der Hinrichtung Adolf Eichmanns, tauchte hinsichtlich der Beziehungen mit Deutschland ein weiteres Problem auf, als bekannt wurde, daß deutsche Wissenschaftler in Ägypten nicht nur arbeiteten, sondern dort auch chemische Waffen produzierten. Diese Informationen führten zu hitzigen Diskussionen: Einige waren der Meinung, daß die Arbeit dieser Wissenschaftler eine reale Gefahr für Israels Sicherheit und Existenz darstellte, während andere dies für übertrieben hielten und

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinten, daß die Erinnerungen an den Holocaust eine derart starke Empörung und derart große Ängste ausgelöst hätten. Der Vorfall war stark von Emotionen überlagert und markierte auch in der israelischen Politik einen Wendepunkt. Er führte im März 1963 sogar zum Rücktritt des Chefs des israelischen Geheimdiensts, Isser Harel, und nur drei Monate später zum letzten und endgültigen Rücktritt von Ben-Gurion selbst.

Die Polemik über die deutsche Frage flammte wieder auf, als 1965 offizielle diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufgenommen wurden und als 1966 der Privatbesuch Adenauers in Israel folgte. In der historischen Perspektive erscheinen diese Auseinandersetzungen aber wie die letzten Abschnitte eines langen Kapitels voll bitterer und schmerzhafter Kontroversen über die Einstellung und Beziehung Israels zu Deutschland. Ben-Gurion war in alle Teile dieses Kapitels involviert. Sein Verhältnis zu den israelisch-deutschen Beziehungen wurde auf drei verschiedenen Ebenen deutlich. Erstens auf der politischen Ebene: Da die meisten strittigen Themen in seiner Amtszeit lagen, mußte er sich mit ihnen in seiner offiziellen Funktion als Ministerpräsident auseinandersetzen. Zweitens war er persönlich stark engagiert, und drittens war seine Position in der Sache unzweideutig und wurde von ihm mit dem vollen Gewicht seiner Persönlichkeit klar formuliert. Der vorliegende Artikel wird zunächst die Entwicklung von Ben-Gurions Gedanken zwischen 1952 und 1963 nachzeichnen und dann der Frage nachgehen, ob sie ausschließlich pragmatisch begründet waren oder auf moralischen und ethischen Überlegungen basierten.

I.

Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland bestand in den dreißiger Jahren – nach Hitlers Machtergreifung und nachdem das Schicksal des deutschen Judentums eines der Hauptthemen in der zionistischen Welt geworden war – vor allem aus zwei Elementen. Erstens war er sich der zunehmend unsicheren Lage des europäischen Judentums zutiefst bewußt[1], und zweitens erkannte er, daß Eretz Israel (Palästina) – das in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die wichtigste Zufluchtstätte für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland geworden war – erstmals eine praktische Lösung für diesen großen Teil des Weltjudentums bot.

Ben-Gurion sprach in den dreißiger Jahren häufig über den Zusammenhang zwischen der Not des europäischen Judentums und der politischen Lage in Eretz Israel. So meinte er z. B. in einem Vortrag in Tel Aviv am 23. Juli 1935[2], daß das Jahr 1933

[1] Vgl. z. B. seine Ansprache im zionistischen Aktionskomitee im Frühjahr 1935 in: Daniel Frenkel, On the Edge of the Abyss: Zionist Policy and the Plight of the German Jews (Hebr.), Jerusalem 1994, S. 116 f.

[2] David Ben-Gurion, A New Period in Zionism, in: Ders., Memories II (Hebr.), Tel Aviv 1976, S. 360–371.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„ein Wendepunkt" in der Geschichte der Nation und auch in der Geschichte des „Landes [Eretz Israels]" gewesen sei. Er meinte damit die Verschärfung der Situation der europäischen Juden, vor allem der Juden in Deutschland. Fünfzig Jahre zuvor hätte sich daraus der Todesstoß für die gesamte jüdische Nation ergeben können. Nun biete aber die Entwicklung des *Yishuv* (der jüdischen Gemeinschaft in Palästina) die Gewähr dafür, daß die jüdische Nation diesen Schlag überwinden könne. In dieser schwierigen Zeit, sagte er, sei Eretz Israel „die einzige Hoffnung für das jüdische Volk, nicht nur für die [Juden] aus Osteuropa, sondern auch für die aus Westeuropa"[3].

In der Debatte über das Transferabkommen, das deutschen Juden ermöglichte, mit einem Großteil ihres Eigentums nach Palästina zu emigrieren[4], bezog Ben-Gurion sehr eindeutig Position: Er befürwortete das Abkommen und war gegen die Bemühungen der revisionistischen Bewegung, einen Boykott der deutschen Wirtschaft zu organisieren. Seiner Meinung nach waren diese Bemühungen eine Reaktion von assimilierten Juden und nicht von Zionisten[5]. Ben-Gurion war sogar für direkte Verhandlungen mit dem NS-Regime, wenn dies der Einwanderung deutscher Juden förderlich und der Rettung ihres Eigentums dienlich sei. Am 21. Oktober 1935, nach Erlaß der „Nürnberger Gesetze", schrieb er an Moshe Shertok (später Sharett), den Vorsitzenden der politischen Abteilung der Jewish Agency, und verlangte „direkte Verhandlungen mit den Reichsbehörden über die Ausfuhr von [jüdischem] Eigentum und Kapital"[6].

Ben-Gurions Hauptziele in den dreißiger Jahren waren demnach die Erschließung Eretz Israels sowie die Vergrößerung der Aufnahmekapazität für jüdische Einwanderer. Der Kampf für jüdische Rechte und gegen Antisemitismus in der Diaspora war zweitrangig und hatte, vor allem angesichts der existentiellen Probleme des jüdischen Volkes, an Bedeutung verloren.

Die wichtigsten Auseinandersetzungen über das Wiedergutmachungsabkommen fanden zwar in den Jahren 1951 und 1952 statt, aber die Idee, Reparationszahlungen von Deutschland zu fordern, war bereits zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgekommen[7]. 1949 tauchte das Thema zum ersten Mal auf der Tagesordnung des israelischen Kabinetts auf. Damals bestand in Israel ein totaler Boykott deutscher Produkte und sogar ein Boykott deutscher Sprache und Kultur[8]. Anfang 1950 erklärte Finanz-

---

[3] Ebenda, S. 518–526.

[4] Zu dem Transferabkommen vgl. Yehuda Bauer, Jews for Sale: Nazi-Jewish Negotiations, 1933–1945, New Haven/London 1995, S. 5–29.

[5] In einem Treffen des Exekutivkomitees der Jewish Agency am 23. 11. 1935 machte er diesen Punkt sehr deutlich. Vgl. Ben-Gurion, Memories II, S. 518–526.

[6] Yoav Gelber, New Homeland, Jerusalem 1990, S. 96.

[7] Vgl. Nana Sagi, German Reparations: A History of the Negotiations, Jerusalem 1980, Kap. I und II, S. 14–48.

[8] Vgl. Protokolle des israelischen Kabinetts, 7. 6. 1949 und 15. 2. 1950, in: Israel State Archives (künftig: ISA). Über den totalen Boykott Deutschlands siehe z. B. Neima Barzel, Dignity, Hatred and Memory – Reparations from Germany: The Debate in the 1950's, in: Yad Vashem Studies XXIV (1994) S. 247–252.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

minister Eliezer Kaplan in einem Bericht an das israelische Kabinett, daß Verhandlungen mit Deutschland eine notwendige Vorbedingung für die Lösung des Problems der Reparationszahlungen seien, die israelische Bürger für das in der NS-Zeit geraubte Eigentum von Deutschland forderten. Am Ende der Debatte beschloß das Kabinett, „mit Einverständnis des Ministerpräsidenten und in Zusammenarbeit mit der Jewish Agency, dem Außen- und Finanzministerium die Verantwortung zu übergeben, mit Deutschland in direkte Verhandlungen über die Ansprüche [privater Bürger] zu treten. Die Öffentlichkeit muß darüber entsprechend unterrichtet werden."[9]

Daß es zu dieser Entscheidung kam, lag vor allem an Moshe Sharett, dem Außenminister, der sich über das tiefe Dilemma Israels bezüglich der direkten Verhandlungen mit Deutschland folgendermaßen äußerte: „Zwei widersprüchliche Forderungen stehen in der Öffentlichkeit nebeneinander. [. . .] Die eine besagt: Keine Verhandlungen mit den Deutschen [. . .] totaler Boykott. Die andere besagt: [Fordert] Wiedergutmachungszahlungen [von den Deutschen] . . . Beide Forderungen können jedoch nicht verwirklicht werden: Wir können keine Wiedergutmachungszahlungen erhalten, wenn wir nicht mit ihnen verhandeln."[10]

Ende 1950 und Anfang 1951 kam die deutsche Frage in mehreren Kabinettssitzungen zur Sprache[11]. Sie wurde in drei verschiedenen Zusammenhängen angesprochen, nur einer davon betraf „Wiedergutmachungszahlungen". Angesichts der raschen Verbesserung von Deutschlands Position in der internationalen Öffentlichkeit befürchtete man, daß Israel die historische Gelegenheit verpassen würde, eine finanzielle Kompensation für das Eigentum der Opfer des Holocaust zu erhalten. In einer Kabinettssitzung am 30. Oktober 1950 sagte Sharett: „Zwei Monate sind vergangen, ohne daß etwas in Bezug auf die deutsche Frage unternommen wurde, weil das Kabinett zu keiner Entscheidung gekommen ist. Die Öffentlichkeit ist sehr beunruhigt. Und in der Presse wird behauptet, daß wir die letzte Chance verpassen, Wiedergutmachungszahlungen von Deutschland zu fordern, weil die Regierung diesbezüglich nichts unternommen hat."[12]

Sharett eröffnete damit eine Debatte, die mehrere Kabinettssitzungen dauerte. Das Kabinett beschloß schließlich, daß sich „Vertreter Israels bezüglich der Wiedergutmachungszahlungen und der Entschädigung für jüdisches Eigentum seitens Deutschlands an die Alliierten wenden werden"[13]. Am 16. Januar 1951 sandte die Regierung ein Memorandum an die Alliierten, das Reparationszahlungen an einzelne Juden zum Thema hatte. Am 12. März wurde ein zweites Memorandum abgeschickt, das sich auf „Wiedergutmachungszahlungen" an das jüdische Volk bezog. In diesem Memorandum wurde der Anspruch erhoben, daß der Staat Israel der einzige legitime

[9] Protokoll des israelischen Kabinetts, 15. 2. 1950, in: ISA.

[10] Ebenda.

[11] Vgl. Protokolle des israelischen Kabinetts, 30. 10. 1950, 27. 12. 1950, 3. 1. 1951, 8. 2. 1951, in: ISA.

[12] Ebenda.

[13] Protokoll des israelischen Kabinetts, 3. 1. 1951, in: ISA.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erbe der Opfer des Holocaust sei. Es forderte außerdem „Wiedergutmachungszahlungen" in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar von beiden Teilen Deutschlands, der Bundesrepublik und der DDR. Am nächsten Tag las Außenminister Sharett dieses Memorandum in der Knesset vor, obwohl ihm sehr wohl bewußt war, daß die Alliierten nicht im Namen Israels mit Deutschland verhandeln würden[14].

Am 15. Juli wiesen die Alliierten Israels Forderung tatsächlich zurück, und so verblieb für Israel als einzige Möglichkeit, in direkte Verhandlungen mit Deutschland einzutreten. Geheime und informelle Kontakte mit der deutschen Seite hatten allerdings schon vor der Absage der Alliierten bestanden. Aufgrund dieser Fühlungnahmen gab Adenauer am 27. September 1951 eine öffentliche Erklärung im Bundestag ab, in der er Deutschlands Verantwortung für die Verbrechen an den Juden während des „Dritten Reiches" eingestand[15]. Adenauers Erklärung ebnete den Weg für direkte Verhandlungen, und das Thema wurde am 16. und am 30. Dezember im israelischen Kabinett erneut erörtert.

Dort sprach man sich für direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung aus, aber nun mußte die Knesset diese Entscheidung bestätigen. Die Debatte begann am 7. Januar 1952 und dauerte drei Tage. Es war eine der stürmischsten Debatten, die die Knesset bis dahin erlebt hatte, aber in der Abstimmung wurde der Beschluß des Kabinetts bekräftigt. Die Verhandlungen mit Deutschland setzten im März desselben Jahres ein, wurden aber in Wassenaar, einer kleinen Stadt in den Niederlanden, und nicht in Deutschland selbst geführt. Am 10. September 1952 wurde das Abkommen in Luxemburg unterzeichnet.

Der wichtigste israelische Politiker in den Verhandlungen mit Deutschland war nicht Ben-Gurion, sondern Außenminister Moshe Sharett[16]. In den Debatten im Kabinett, in der Knesset und deren außenpolitischem Ausschuß sowie in den internen Diskussionen in seiner Partei, Mapai, war er die Hauptfigur[17]. Sharett war es auch, der das Zahlungsabkommen im Namen des israelischen Kabinetts unterzeichnete. Für die deutsche Regierung unterschrieb Konrad Adenauer, der damals auch als Außenminister fungierte.

Ben-Gurions Beteiligung war relativ gering. Er erwähnte das Thema nur bei drei verschiedenen Gelegenheiten: In einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 13. Dezember 1951; bei einem Treffen mit Mitgliedern der Koalition am 1. Januar

[14] Vgl. Records of the Knesset (Hebr.), 13. 3. 1951, Bd. 8, S. 1320–1323; zu dem Memorandum vgl. auch Neima Barzel, Israel and Germany, 1945–1956: Development of the Attitude of the Israeli Society and State to Germany Following the Holocaust (Hebr.), Ph. D. Dissertation, University of Haifa 1990, S. 162f.

[15] Vgl. ebenda, S. 190–208; Yeshayahu Jelinek/Sheva Beer, Political Acumen, Altruism, Foreign Pressure or Moral Debt: Konrad Adenauer and the „Shilumim", in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte XIX 1990, S. 77–102.

[16] Zur Stellung Sharetts in den Verhandlungen siehe Gabriel Sheffer, Moshe Sharett: A Biography of a Political Moderate, Oxford 1996, S. 569–653.

[17] Vgl. die Debatten im außenpolitischen Ausschuß der Knesset, 7. 1. 1952 und 15. 1. 1952, in: ISA, fo/12/2547.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1952 und zu Beginn einer Debatte in der Knesset am 7. Januar 1952. In seinem Tagebuch berührte er das Thema eigentlich nur in Verbindung mit der Demonstration der Herut-Partei (einer rechtsgerichteten Partei, die sich damals in der Opposition befand), die am ersten Tag der Debatte in der Knesset in Jerusalem stattfand.

Ben-Gurions Position war jedoch eindeutig und konsequent. Er befand sich ganz im Einklang mit Sharett und unterstützte ihn in Bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland. In seinem Tagebuch schrieb er, Sharetts Plädoyer in der Knesset sei ein „Meisterstück"[18] gewesen. Außerdem befürwortete er die Verhandlungen selbst ohne wenn und aber. Dies unterschied sich sehr von der Ambivalenz, die er gegenüber anderen wichtigen Themen an den Tag gelegt hatte, wie zum Beispiel gegenüber dem von der Peel-Kommission 1937 vorgeschlagenen Teilungsplan oder seine Entscheidung aus dem Jahr 1949, Jerusalem als Hauptstadt Israels zu erklären. Schließlich verfolgte er einen Gesamtansatz, den man als einen „Ansatz der Staatlichkeit" definieren könnte: Nachdem das jüdische Volk nun eine souveräne und unabhängige Nation geworden sei, habe es Pflichten zu erfüllen, die es als Volk ohne Land noch umgehen konnte. In dieser neuen Situation könne man es sich nicht erlauben, Deutschland zu boykottieren, Israel müsse sich wie eine Nation unter Nationen verhalten.

Ben-Gurion sprach sehr oft von dieser Vorstellung. Als beispielsweise Innen- und Gesundheitsminister Moshe Shapira in einer Kabinettssitzung am 14. Oktober 1950 darauf hinwies, daß nach der Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahr 1492 das jüdische Volk dieses Land mehrere Jahrhunderte boykottiert habe, entgegnete Ben-Gurion darauf: „Das Beispiel Spanien ist nicht relevant. Damals befanden wir uns in der Diaspora. Jetzt sind wir ein souveräner Staat. Ein Staat beschäftigt sich nicht mit Mystizismus; [er] muß politisch Stellung beziehen. [. . .] Wir müssen unsere Forderungen an Deutschland definieren. [. . .] Ich bin nicht sicher, daß sie erfüllt werden, aber wir müssen sie definieren."[19]

Während eines Treffens mit einer Gruppe prominenter Schriftsteller und Intellektueller, die ihn baten, nicht mit den Deutschen direkt zu verhandeln, sondern mittels einer befreundeten Nation, antwortete Ben-Gurion: „Ich bin dagegen, einen *Shabbes goy* [ein Nichtjude, der Aufgaben erledigt, die Juden am Shabbat untersagt sind] zu benutzen. Wenn verhandelt werden muß [. . .], dann tun wir dies selbst oder überhaupt nicht."[20] Dem Minister für Handel und Industrie, Dov Yosef, erteilte er im Kabinett eine ähnliche Antwort: „So etwas tut man, wenn man selbst nicht anwesend sein kann. [Und was würden Sie antworten, wenn sie sagen] ‚Warum können Sie nicht selbst verhandeln?'"[21]

Ben-Gurions Vorstellung von souveräner Staatlichkeit sah anders aus: Er war überzeugt, daß der Staat Israel der einzige Erbe des ausgelöschten europäischen Juden-

[18] Tagebuch Ben-Gurions, 11. 1. 1952, in: Ben-Gurion-Archiv, Sde Boker (künftig: BGA).
[19] Protokoll des israelischen Kabinetts, 14. 10. 1950, in: ISA.
[20] Tagebuch Ben-Gurions, 30. 10. 1951, in: BGA. Vgl. auch seine Rede an das Zentralkomitee von Mapai, 13. 12. 1951, in: Archiv der Labour Party, Beit-Berl (künftig: LPA).
[21] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tums sei. Dieser Überzeugung gab er in einem Brief Ausdruck, den er 1952 anläßlich der Anlegung eines Waldes zum Gedenken an die Opfer des Holocaust schrieb: „Das einzige passende Denkmal zum Gedenken an die europäischen Juden, die von wilden Tieren ausgerottet wurden, ist der Staat Israel [. . .] [er ist die] [. . .] einzige Zuflucht für jeden Juden in der Welt, der als freier und unabhängiger Jude leben möchte."[22]

Ben-Gurion erwog auch die Möglichkeit, daß der Vorschlag des Kabinetts nicht die Mehrheit in der Knesset erhalten würde, und notierte seine diesbezüglichen Bedenken in seinem Tagebuch. Die Regierungskoalition basierte nur auf 65 der insgesamt 120 Knessetmitglieder, und von einigen wußte man, daß sie gegen die Verhandlungen waren. Ben-Gurions Hauptsorge war, daß die Koalitionspartei Agudat Israel[23] gegen den Vorschlag des Kabinetts stimmen und so eine politische Krise auslösen würde und daß zwei Mapai-Mitglieder (darunter der Sprecher der Knesset, Yoseph Sprinzak) sich der Stimme enthalten könnten[24]. Diese Unsicherheit führte dazu, daß er in einer Reihe von Sitzungen sprach und versuchte, eine Mehrheit in der Knesset zu sichern. Er tat das in einer Sitzung des Zentralkomitees von Mapai, in dem beschlossen wurde, alle Knessetmitglieder von Mapai dazu zu verpflichten, für den Vorschlag des Kabinetts zu stimmen. Und er exponierte sich auch in einer Zusammenkunft mit 40 Knessetmitgliedern, die die Koalition unterstützten. 35 Teilnehmer sprachen sich dafür aus, daß sich sämtliche Mitglieder der Koalition verpflichten sollten, für den Kabinettsvorschlag zu stimmen[25]. Diese intensiven Bemühungen führten dazu, daß der Vorschlag, in direkte Verhandlungen mit Deutschland einzutreten, schließlich in der Knesset eine knappe Mehrheit fand[26].

Ben-Gurions Position war dabei nicht nur von staatspolitischen Erwägungen bestimmt. Israels schlechte wirtschaftliche Lage spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit befand sich die israelische Wirtschaft in einer verzweifelten Lage, und 1951, ohne Devisen für den Import lebenswichtiger Bedarfsgüter wie etwa Treibstoff und Getreide, sah es besonders kritisch aus[27]. Ben-Gurion war sich der trostlosen Lage bewußt, und er erkannte auch die Notwendigkeit, Quellen zur Finanzierung der Grundbedürfnisse des Landes zu erschließen. Dies wurde auch dadurch deutlich, daß er diese Probleme in seinem Tagebuch häufig erwähnte. Am 2. Januar 1951 schrieb er: „[Finanzminister Eliezer] Kaplan: Die Lebensmittellage ist katastrophal. In zwei Monaten gibt es kein Brot mehr. [. . .] Ich telefonierte mit Eban [Abba Eban, der israelische Botschafter in Washington] und Elath [Eliahu Elath, der israelische Botschafter in London] und bat sie alles zu unter-

[22] Aus seinem Brief an Avraham Granot, Vorsitzender des Jewish National Fund, Jerusalem, 21. 4. 1952, in: BGA, Korrespondenz.

[23] Eine religiös-orthodoxe Partei, die drei Sitze in der Knesset innehatte und Mitglied des Kabinetts war.

[24] Vgl. Ben-Gurions Tagebuch, 1. und 2. 1. 1952, in: BGA.

[25] Vgl. Treffen am 1. 1. 1952, in: Ebenda.

[26] 61 Knessetmitglieder stimmten dafür, 50 dagegen, und 9 enthielten sich der Stimme bzw. waren nicht anwesend.

[27] Vgl. Haim Barkai, The First Years of the Israeli Economy, Jerusalem 1983.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen, um wenigstens 50000 Tonnen Getreide zu besorgen."[28] Und drei Tage später: „Wir brauchen Benzin. Es reicht noch für drei Monate."[29] Eine Woche später, am 11. Januar, hieß es: „Der Getreidevorrat reicht nur noch einen Monat. Zwei Schiffe mit Mehl und Getreide [sind unterwegs]. Wenn sie nicht eintreffen, gibt es eine Katastrophe."[30]

Gegen Ende des Jahres hatte sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlimmert, was zum Teil auf die Masseneinwanderung von Juden aus dem Irak zurückzuführen war[31]. Ende November richtete Ben-Gurion ein dringendes Telegramm an Abba Eban: „Im letzten Jahr gab es zwei unerwartete Ereignisse, die uns zwangen, eine sehr große Summe für den Kauf von Lebensmitteln auszugeben. [. . .] [Diese Ereignisse waren] die größte Dürre in fünfzig Jahren und der dringende Transfer der irakischen Juden. Wenn wir bis zum 10. Dezember nicht zehn Millionen $ erhalten, werden wir unsere finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen können und all unsere Pläne für das nächste Jahr werden zerstört werden."[32]

Ben-Gurion sah drei Möglichkeiten, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern: Entweder Subventionen und Darlehen von seiten der amerikanischen Regierung oder des amerikanischen Judentums oder das Ergreifen von unpopulären Maßnahmen wie die Erhöhung von direkten und indirekten Steuern. Angesichts der großen Entbehrungen, mit denen die Bevölkerung fertig werden mußte, aber auch aufgrund von Befürchtungen, die sich auf den Fortbestand der Mapai-Hegemonie bezogen, wies Ben-Gurion die Option von Steuererhöhungen zurück, obwohl sie von Finanzminister Kaplan und dessen Generaldirektor David Horowitz befürwortet wurde. Blieben „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland: „Das Angebot von Wiedergutmachungszahlungen – im Prinzip eine beträchtliche Finanzspritze in Form eines Kapitaldarlehens, die der Wirtschaft helfen würde, ohne dabei die Schuldenlast zu erhöhen – war eine lebenswichtige *deus ex machina*. [David] Horowitz, der hinter diesem Vorschlag stand, betrachtete dies als die einzige Chance, eine wirtschaftliche Katastrophe abzuwenden."[33]

Ben-Gurion und Horowitz sprachen mehrmals über die wirtschaftliche Lage und die „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland. Horowitz beschrieb die trostlose Lage und die Schwierigkeiten, Kredit im Ausland zu erhalten, und schlug vor, Gelder aus Deutschland zu fordern. Ben-Gurion notierte in seinem Tagebuch: „Dolek [Horowitz' Spitzname] glaubt, daß wir Gelder aus Deutschland erhalten können. [. . .] Wieviel können wir bekommen? Eine Milliarde Dollar in zehn Jahren. Diese

[28] Tagebuch Ben-Gurions, 2. 1. 1951, in: BGA.
[29] Ebenda, 5. 1. 1951, in: BGA.
[30] Ebenda, 11. 1. 1951, in: BGA.
[31] Zu den Problemen, die diese Einwanderung mit sich brachte, vgl. Dvora Hacohen, Immigration in Turmoil: The Great Wave of Immigration and its Absorption, 1948–1953, Jerusalem 1994, S. 71–76.
[32] Tel Aviv, 23. 11. 1951, in: BGA, Korrespondenz.
[33] Yehudit Auerbach, Ben-Gurion and Reparations from Germany, in: Ronald W. Zweig (Hrsg.), David Ben-Gurion – Politics and Leadership in Israel, London/Jerusalem 1991, S. 276.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Summe beträgt nur drei Prozent von Deutschlands Ausfuhrhandel in den nächsten zehn Jahren."[34]

War Ben-Gurions Einstellung ausschließlich pragmatisch? War er als Ministerpräsident bereit, von jeder Seite finanziellen Beistand zu akzeptieren, um so sein Land vor einer lebensgefährlichen Krise zu bewahren? Seiner Meinung nach waren „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland vor allem ein moralisches Thema, wie er am Schluß seiner Ansprache in der Knesset sagte: „Laßt die Mörder unseres Volkes nicht auch noch zu ihren Erben werden." Darüber hinaus betrachtete Ben-Gurion die „Wiedergutmachungszahlungen" als eine moralische Pflicht der Deutschen, vor allem, weil sie es Israel ermöglichen würden, Hunderttausende von Einwanderern, Überlebende des Holocaust aus den DP-Lagern in Europa, aufzunehmen – ein Punkt, den er in seiner Ansprache in der Knesset ebenfalls betonte[35].

Ben-Gurion umriß seine Grundsätze hinsichtlich der „Wiedergutmachungszahlungen" aus Deutschland in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Mapai, in der er den „Ansatz des Ghetto-Judentums" mit der gebotenen Politik der „Juden in ihrem souveränen Staat" konfrontierte[36]. Diese beiden Konzepte divergierten vor allem in der unterschiedlichen Bedeutung, die sie verschiedenen Begriffen und Symbolen zumaßen, darunter in erster Linie Begriffen wie „Rache" und „nationale Ehre". Ben-Gurion meinte, daß die Hauptbedeutung von „Rache" im Ghetto darin bestanden habe, „dem Deutschen hinterherzurennen und ins Gesicht zu spucken". Im eigenen Land habe „Rache" aber eine neue, konstruktive Bedeutung erhalten: Der Aufbau eines neuen Staates. Diese beiden Ansätze, so behauptete er, schlossen sich gegenseitig aus, und wenn die Regierung die Wahl zwischen der unproduktiven Geste des Ghettos und der konstruktiven Erlösung der Nation hätte, müsse sie letztere wählen. Seine Auffassung von „nationaler Ehre" formulierte er dabei folgendermaßen:

„Als wir im Ghetto waren und gedemütigt wurden, spuckten wir auf [unseren Peiniger]; zwar nicht in seiner Gegenwart, aber zu Hause sagten wir, daß wir ihn angespuckt hatten. Ich verwerfe [diese Art] von nationaler Ehre. Ich bin davor weggelaufen, als ich 19 Jahre alt war [als er Plonsk in Rußland verließ und nach Palästina kam], und habe keinerlei Absicht, dorthin zurückzukehren."[37]

Für Ben-Gurion war es eine Sache der „nationalen Ehre", 50000 jemenitische Juden mittels einer Luftbrücke praktisch über Nacht aus ihrer „schrecklichen Diaspora" nach Israel zu transferieren. Der „nationalen Ehre" nur durch lautstarke Demonstrationen oder dröhnende, aber folgenlose Redekunst Ausdruck zu verleihen, hielt er dagegen für inakzeptabel. Darüber hinaus bedeutete für ihn „nationale Ehre" auch, die volle Verantwortung für das eigene Schicksal und die eigenen Taten zu übernehmen: „Wir sind Teil dieser Welt, und in dieser Welt gibt es ein Deutschland

[34] Ben-Gurions Tagebuch, 5. 2. 1951, in: BGA. Er zitierte Horowitz in der Kabinettssitzung vom 8. 2. 1951, in: ISA.

[35] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 897.

[36] Protokoll des israelischen Kabinetts, 14. 10. 1950, in: ISA.

[37] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– und das umfaßt seine Nazis, seine Mörder und seine Henker [. . .] –, und wir können uns nicht von dieser Welt absondern."[38]

Ben-Gurion war nicht der einzige, der die Debatte über die „Wiedergutmachungszahlungen" als Ausdruck des Kampfes zwischen „Ghetto" und „Heimat" betrachtete. Menahem Begin, der Vorsitzende der Herut-Partei, war ähnlicher Ansicht. Aber die Bedeutung, die er diesem Kampf beimaß, war der, die Ben-Gurion ihm gab, völlig entgegengesetzt. Während Ben-Gurion in der Befürwortung der Verhandlungen den endgültigen Ausdruck israelischer Souveränität und der Verpflichtung gegenüber dem eigenen Staat erblickte, verstand Begin den Widerstand gegen Verhandlungen mit Deutschland als den endgültigen Beweis, daß die Juden „Bnei Chorin" (ein befreites Volk) seien. In seiner Rede in der Knesset sagte er: „Es war ja nicht damit getan, daß uns die *Goyim* hassten, ermordeten oder beneideten. Zuallererst verachteten sie uns. Aber in dieser letzten Generation, der letzten Generation unserer Unterwerfung und der ersten Generation unserer Erlösung, wie wir sagen [. . .] seid ihr bereit, für ein paar Millionen dreckige Dollars, für ein paar verschmutzte Waren, dieses kleine Stück Ehre, das wir uns erworben haben, zu verkaufen?"[39]

Ein weiterer Unterschied betraf ihre Orientierung an dem, was man „historische Zeit" nennen könnte. Ben-Gurion war der Gegenwart und der Zukunft verpflichtet – dem neuen Staat Israel und den Einwanderern, die es aufzunehmen galt. Im Zentralkomitee von Mapai betonte er, daß es nun – nachdem die Juden die Ghettos verlassen hatten – notwendig sei, allen Juden die Möglichkeit zu geben, nach Israel einzuwandern und sich dort niederzulassen. Niemand habe das Recht, die Einwanderung der Juden aus dem Irak zu unterbinden oder die Hunderttausende von Juden in Rumänien im Stich zu lassen. Begin dagegen war mehr der Vergangenheit als dem Staat und dessen dringenden Bedürfnissen verpflichtet. In seinem Protest gegen die Verhandlungen gab er vor, für jene zu sprechen, die „mitangesehen haben, wie unsere Väter in die Gaskammern geschleppt wurden, die das Rattern der Todeszüge gehört haben und deren alter Vater vor ihren Augen in den Fluß geworfen wurde"[40].

II.

Ende 1957 spielte das Thema der Beziehungen zu Deutschland in Israel erneut eine große Rolle. Ben-Gurion wollte damals General Moshe Dayan, den Generalstabschef der Armee, nach Deutschland entsenden. Zweck der Reise sollten Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den Erwerb von Waffen sein. In der zweiten Hälfte

[38] Ebenda.

[39] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 905. Zu Begins Einstellung bezüglich des Abkommens vgl. Hanna Torok Yablonka, ‚The Commander of „Yizkor" Order: Herut, Holocaust and Survivors, in: S. Ilan Troen/Noah Lucas (Hrsg.), Israel – The First Decade of Independence, New York 1995, S. 211–229.

[40] Records of the Knesset (Hebr.), 7. 1. 1952, Bd. 14, S. 907.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der fünfziger Jahre entwickelten sich zwischen Israel und der Bundesrepublik rasch sicherheitspolitische Beziehungen[41], aber Ben-Gurion tat alles, um sie geheim zu halten, weil er einer öffentlichen Debatte aus dem Weg gehen wollte. In seinem Tagebuch erwähnte er dieses Thema zum ersten Mal im Sommer 1957, als ihm Shimon Peres, der Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, über den Erwerb von zwei U-Booten in Deuschland berichtete. Das Thema war in einer Unterhaltung zwischen Peres und Franz Josef Strauß, dem deutschen Verteidigungsminister, angesprochen worden[42]. Die britische Botschaft in Tel Aviv berichtete später, daß Ben-Gurion Dayan, der damals kurz vor seinem Abschied aus der Armee stand, als Gesandten gewählt habe, weil er eine interessante Persönlichkeit war und der Sinaifeldzug bei der Bundeswehr einen tiefen Eindruck hinterlassen hatte. Dayan habe diese Mission nur widerwillig akzeptiert. Er hätte es vorgezogen, mit den Beziehungen zu Deutschland nicht in Verbindung gebracht zu werden, da diese von der Öffentlichkeit negativ beurteilt wurden, was seiner zukünftigen politischen Karriere hätte schaden können. Weiter hieß es in diesem Bericht, daß Dayans Mission zwei Ziele verfolgt habe: in militärischer Hinsicht den Erwerb von zwei in Kiel gebauten U-Booten und in politischer Hinsicht die Erkundung der Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Ben-Gurion, so war in dem Bericht ebenfalls zu lesen, sei nämlich „überzeugt, daß Adenauer nur einen kleinen Schubs brauchte, um solche Beziehungen zu Israel einzugehen"[43].

Zwei Minister der Achdut Ha'avoda[44], die gegen derartige Beziehungen zu Deutschland waren, brachten das Thema an die Öffentlichkeit. Sie sprachen darüber im Kabinett und gaben dann die geheime Information an ihre Tageszeitung, *LaMerchav,* weiter. Daraufhin nahm Ben-Gurion von der Entsendung Dayans Abstand[45], aber eine politische Krise folgte trotzdem, und am 31. Dezember reichte Ben-Gurion seinen Rücktritt ein. In der offiziellen Begründung für diesen Schritt wurde die deutsche Frage nicht explizit erwähnt. Dort sprach man eher davon, daß Regierungsmitglieder der Achdut Ha'avoda gegen den Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung verstoßen hätten, genauer: gegen das Koalitionsabkommen, in dem es hieß: „Die Mi-

[41] Vgl. L. Gardner Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984, S. 122–142.

[42] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. 7. 1957, BGA.

[43] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London vom 13. 1. 1958, in: Public Record Office, London (künftig: PRO), F. O. 371/134275. Das Thema der diplomatischen Beziehungen mit der BRD wurde in der Kabinettssitzung am 15. 1. 1956 diskutiert (Protokoll in: ISA). Sieben Minister befürworteten den Vorschlag, diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen, und sieben sprachen sich dagegen aus. Die überwiegende Mehrheit stimmte jedoch dafür, das Außenministerium anzuweisen, so bald wie möglich konsularische Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufzunehmen.

[44] Eine radikale zionistisch-sozialistische Partei, die 10 Sitze in der Knesset hatte und Mitglied des Kabinetts war.

[45] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 16. 12. 1957, in: BGA. Er schrieb: „Eine Sitzung des außenpolitischen Ausschuß' der Knesset um 3 pm. Ich sagte das folgende: „Der Generalstabschef der Armee wird nicht nach Deutschland reisen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nister und jede Partei, die an der Koalition beteiligt sind, sind zur absoluten Geheimhaltung bezüglich aller Themen verpflichtet, die im Kabinett behandelt werden und die die Sicherheit oder außenpolitische Angelegenheiten betreffen."[46] Eine Woche später, am 7. Januar 1958, präsentierte Ben-Gurion der Knesset ein neues Kabinett, das mit dem vorherigen in Bezug auf seine personelle und politische Zusammensetzung identisch war.

Während dieser kurzen Krise betonte auch Ben-Gurion, daß die Minister der Achdut Ha'avoda Staatsgeheimnisse preisgegeben und die Sicherheit des Staates gefährdet hätten, was ihn zum Rücktritt gezwungen habe[47]. Es war allerdings eindeutig, daß dies nur ein Manöver war, um von einer höchst kontroversen Debatte über die sicherheitspolitischen Beziehungen mit Deutschland abzulenken, die auch in der Öffentlichkeit als sehr problematisch angesehen wurden. Seine Position hinsichtlich der „deutschen Seite" der Krise legte Ben-Gurion in zwei Reden dar, die er vor dem Zentralkomitee der Mapai und vor dem Sekretariat der Partei hielt[48]. Im Zentralkomitee betonte er zunächst, daß die Sicherheit Israels ohne die israelische Armee unvorstellbar sei und daß die Armee zwar zuerst aus ihren Soldaten und ihren fachlichen Fähigkeiten bestehe, „aber auch aus ihrer Ausrüstung. Und ohne Ausrüstung gibt es keine Armee."[49]

Für den Kauf von Waffen, so lautete Ben-Gurions zweites Argument, brauche man Geld, Geld allein genüge aber nicht. „Das Land, das die Waffen verkauft, muß dem Staat, der die Waffen braucht und kauft, einen minimalen Grad an Freundschaft und vielleicht sogar ein gewisses Vertrauen entgegenbringen."[50] Ben-Gurions dritter Punkt bezog sich auf die laufenden Waffenlieferungen des Ostblocks an arabische Staaten, die Israel zwangen, alles zu unternehmen, um in diesem Wettrüsten nicht zurückzufallen, was angesichts der begrenzten Zahl von Waffenlieferanten nicht zuletzt deshalb eine schwierige Aufgabe war, weil sich die USA – trotz der freundschaftlichen Beziehungen zu Israel – seit der Staatsgründung weigerten, Waffen an Israel zu verkaufen. Dies traf auch für andere westliche Länder zu.

Ben-Gurions wichtigstes Argument war jedoch, daß der Erwerb von Waffen wichtig genug war, um einige Konzessionen – so schmerzhaft diese auch sein mochten – machen zu können. Angesichts dieser Überlegungen zog er zwei Schlußfolgerungen: Alle Einzelheiten der Waffengeschäfte müßten absolut geheim gehalten werden, und es sei notwendig, gute Beziehungen mit jedem Land zu unterhalten, das gewillt und fähig war, Israel in bezug auf Sicherheit zu helfen. Dabei wies Ben-Gurion darauf hin, daß die von allen Regierungsparteien unterzeichneten Koalitionsabkommen kei-

[46] Am 16. 1. 1958 sprach er über dieses Thema in der Knesset. Vgl. Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 23, S. 563 f., und am 30. 12. 1957 im Zentralkomitee von Mapai, in: LPA, 23/57.

[47] Siehe z. B. seine an den Präsidenten Israels gerichtete Rücktrittserklärung, in: David Ben-Gurion, Israel: A Personal History, New York/Tel Aviv 1971, S. 543 f.

[48] Über diese Sitzung des Zentralkomitees vgl. 30. 12. 1957, in: LPA, 23/57. Die Sitzung des Sekretariats fand am 29. Dezember 1957 statt, in: LPA, 24/57.

[49] LPA, 23/57.

[50] Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Vorbehalte gegenüber irgendeinem Land beinhalteten. Hier erwähnte Ben-Gurion Deutschland zum ersten Mal explizit: „Es gab keine Vorbehalte, und die Existenz Deutschlands war damals auch wohl bekannt"[51], und er beendete seine Rede mit den Worten, den Mitgliedern des Kabinetts sei gesagt worden, daß „wir dabei sind, gewisse Ausrüstungen von diesem Land zu erwerben, die nur in diesem Land erworben werden konnten – und daß dies für unsere Sicherheit lebenswichtig ist"[52].

In seiner Rede im Sekretariat der Partei sprach er nur vage über Beziehungen zu Deutschland und betonte, daß „eine Boykottierung dieses Landes nur uns und nicht ihnen schaden würde"[53]. Weiter erklärte er, daß sich das heutige Deutschland von Nazideutschland unterscheide und deshalb seine „gegenwärtige politische Führung nicht mit der gleichgesetzt werden sollte, die Juden ermordet hatte"[54]. Darüber hinaus könne sich die öffentliche Meinung hinsichtlich der Waffenlieferungen in ähnlicher Weise ändern, wie das bei den „Wiedergutmachungszahlungen" der Fall gewesen sei.

Kurz nachdem diese Krise beendet war, schrieb Ben-Gurion einen Brief, in dem er auf Yitzhak Tabenkins Behauptung, Franz Josef Strauß, der deutsche Verteidigungsminister, sei aktives Mitglied der NSDAP gewesen, entgegnete[55]: „Meines Wissens war [Strauß] nie ein Nazi" und nicht „einer der Befehlshaber der Armee der Nazimörder". Ferner bezog er sich auf eine Unterredung, die er am 10. Februar 1958 mit dem Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums in Bonn geführt hatte, der Strauß als eine „ehrliche und kluge Persönlichkeit" beschrieb und betonte, daß Strauß bemüht sei, alle Ex-Nazis aus der Bundeswehr zu entlassen. Strauß entlasse Offiziere und sogar Unteroffiziere, wenn hinsichtlich ihrer Vergangenheit ein Verdacht bestünde.

III.

Im April 1959 kam es zu einer neuen Krise, an deren Anfang eine Bemerkung Ben-Gurions in der Kabinettssitzung am 29. März stand: „In diesem Jahr wird das Verteidigungsministerium 7 Mil. $ einbringen. Wir haben einen Vertrag mit der BRD unterzeichnet."[56] Am 14. April schrieben ihm die Minister der Achdut Ha'avoda, daß sie gegen den Export jeglicher Waffen nach Deutschland seien, und behaupteten, das Verteidigungsministerium benötige dafür die Zustimmung des Kabinetts[57]. Ben-Gurion antwortete darauf, daß diese Voraussetzung bereits erfüllt sei; das Kabinett

[51] Ebenda.
[52] Ebenda.
[53] LPA, 24/57.
[54] Ebenda.
[55] Jerusalem, 14. 2. 1958, in: BGA, Korrespondenz. Tabenkin war einer der Veteranen der Arbeiterbewegung und Vorsitzender der Achdut Ha'avoda.
[56] Protokoll des israelischen Kabinetts, 29. 3. 1958, in: ISA.
[57] Vgl. Ben-Gurion, Israel, S. 557.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habe im Prinzip zugestimmt, Waffen an jeden Staat zu verkaufen, auch an Deutschland[58]. Die beiden Minister behaupteten demgegenüber, sich an keine Entscheidung des Kabinetts erinnern zu können, die dem Verteidigungsministerium gestattet habe, ohne vorherige Diskussion im Kabinett Waffen an Deutschland verkaufen zu können. Aber selbst wenn eine solche Entscheidung existiere, forderten sie, daß angesichts ihres energischen Widerstands keine konkreten Maßnahmen ergriffen würden, bevor sich das Kabinett mit dem Thema beschäftigt habe[59]. In Ben-Gurions kurzer und formeller Antwort wurde Deutschland nicht erwähnt:

„Die Entscheidung, an die Sie sich nicht erinnern, existiert und erklärt, daß Waffen an jedes Land verkauft werden dürfen, wenn das Außenministerium sich nicht dagegen ausspricht. [. . .] Das Verteidigungsministerium hat entsprechend dieser Entscheidung gehandelt und wird weiter so handeln."[60]

Ende Mai 1959, am Vorabend der Wahlen zur Vierten Knesset in Israel, berichtete das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel,* daß die Bundeswehr mit israelischen Rüstungsgranaten ausgerüstet werden solle[61]. Diese Meldung machte das Thema sofort zu einer Frage von höchster politischer Brisanz. Am 29. Juni brachte der Abgeordnete Shmuel Mikunis von Maki (der israelischen kommunistischen Partei) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein – wegen „der Schmach der israelischen Waffenlieferungen an Hitlers Generale". In der Knesset stimmten die Abgeordneten von Mapam und Achdut Ha'avoda, beides Parteien der Regierungskoalition, gegen die Entscheidung des Kabinetts, das Waffengeschäft zu tätigen. Die Regierung fand aber trotzdem eine Mehrheit, weil sie von Knessetmitgliedern der Allgemeinen Zionisten, einer Partei der Opposition, unterstützt wurde[62].

Eine Woche später schickte Ben-Gurion einen Brief an alle Minister des Kabinetts. Er enthielt die Forderung nach dem sofortigen Rücktritt der Minister der Mapam und Achdut Ha'avoda. Als diese sich weigerten, trat er selbst zurück. Daß er nicht sofort nach der Abstimmung in der Knesset seinen Hut genommen hatte, lag nach einem Bericht der britischen Botschaft in Tel Aviv an innenpolitischen Überlegungen: „Sein Motiv dabei war fast sicher der Wunsch, der Öffentlichkeit so lange wie möglich das Schauspiel des offenen Bruchs der Kabinettssolidarität durch die Linksparteien vorzuführen und ihr das Ungeheuerliche dieses Verstoßes einzuhämmern, auch dessen Bedeutung als Symptom des politischen Chaos, zu dem das derzeitige Wahlsystem führe."[63]

---

[58] Vgl. Brief, 29. 4. 1959, in: BGA, Korrespondenz. Der Kabinettsbeschluß datiert vom 24. 12. 1958; Ben-Gurion, Israel, S. 557f.

[59] Vgl. Brief, 4. 5. 1959, in: BGA, Korrespondenz.

[60] Brief, 10. 5. 1959, in: Ebenda.

[61] Vgl. Rüstungsgranaten aus Haifa, in: Der Spiegel, 24. 6 1959.

[62] Vgl. Knessetsitzungen vom 29. und 30. 6. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416.

[63] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London, 24. 7. 1959, in: PRO, F.O. 371/142273.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitte Juli 1959 beauftragte Präsident Yitzhak Ben-Zvi Ben-Gurion erneut mit der Bildung der Regierung. Doch schon am 21. Juli verkündete Ben-Gurion, daß er diesen Auftrag nicht erfüllen könne[64]. Während dieser Krise schrieb er mehrere Briefe an die Minister der Achdut Ha'avoda und zwei Rücktrittserklärungen an Präsident Ben-Zvi (die erste, vom 29. Juni, schickte er nicht ab; die zweite stammte vom 5. Juli), in denen er betonte, daß die Minister die Verpflichtungen, die sie nach der letzten Krise auf sich genommen hatten, mißachtet hätten[65]. Die Kontroverse über Israels sicherheitspolitische Beziehungen mit Deutschland erwähnte er darin nur einmal, und zwar in seiner zweiten Rücktrittserklärung, wo es lapidar hieß: „Nachdem eine israelische Abendzeitung die Information über den Waffenkauf aus einer deutschen Wochenzeitschrift abgeschrieben hatte, wurde die brennende Kontroverse von vor sieben Jahren über die Debatte über die Wiedergutmachungszahlungen erneuert. Die Kontroverse [. . .] wurde von Herut eröffnet. Und Achdut Ha'avoda folgte."[66]

Dafür sprach Ben-Gurion zweimal öffentlich über die deutsche Frage[67]. Das eine Mal tat er es in der Knesset, wo er eine sehr polemische Rede hielt, in der er, wie in der vorangegangenen Krise, die Debatte über die „Wiedergutmachungszahlungen" ansprach, vor allem aber das Verhalten von Herut während dieser Debatte. Er stellte jedoch auch einige wichtige Punkte hinsichtlich seiner Einstellung zu Deutschland klar. Im Prinzip, so sagte er, teile er Yigal Allons Meinung[68], daß die gesamte deutsche Nation für den Holocaust verantwortlich sei. Aber nur die Bundesrepublik habe die Verantwortung für Hitlers Verbrechen übernommen und sich bereit erklärt, den Opfern des NS-Regimes „Wiedergutmachungszahlungen" zu leisten, während „die DDR sowohl gemordet wie geerbt" habe. Sein zweiter Punkt war, daß niemand das Recht habe, das Gedenken an die Opfer des Holocaust zu benutzen, um seine gegenwärtige Einstellung zu Deutschland zu rechtfertigen. Der Erwerb von Waffen aus Deutschland symbolisiere die große Veränderung, die das jüdische Volk in den letzten Jahren durchgemacht habe – von einem in aller Welt zerstreuten und unterdrückten Volk in der Diaspora zu einem souveränen Staat im eigenen Land. Während die Juden in der Diaspora nur weinen und trauern könnten, „müssen wir nun unsere Heimat erschließen, unsere jüdischen Kräfte sammeln, uns mit [diesen] Kräften verteidigen und [. . .] in der Familie der Nationen gleichberechtigt und souverän werden"[69]. Daraus folgerte Ben-Gurion: Israels jetzige Hauptaufgabe war es, einen weiteren Holocaust zu verhindern, „weil wir die einzige Nation sind [. . .] die auch heute

[64] Vgl. Ben-Gurion, Israel, S. 559.

[65] Siehe z. B. seinen Brief an die Minister der Achdut Ha'avoda, Yisrael Bar-Yehuda und Moshe Carmel vom 1. 7. 1959, in: BGA, Korrespondenz.

[66] Ben-Gurion, Israel, S. 559.

[67] Vgl. Knessetsitzung vom 1. 7. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416.

[68] Im Jahr 1959 war Yigal Allon Mitglied der Knesset seitens der Achdut Ha'avoda.

[69] Knessetsitzung vom 1. 7. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2371–2393 und 2403–2416, hier S. 2405.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch mit einer solchen Gefahr konfrontiert wird"[70]. Und diese aktuelle Gefahr gehe nicht von Deutschland aus, „weil Hitler besiegt und verbrannt ist", sondern von den benachbarten arabischen Staaten, die mit der Zerstörung Israels drohten. Ben-Gurion zögerte dabei nicht, die arabischen Staaten mit Nazideutschland gleichzusetzen: „[Hitlers] Nachfolger und Helfershelfer im Nahen Osten existieren noch immer, und sie sind die Herrscher der arabischen Länder, die uns umgeben."[71]

Dies führte ihn zu einem weiteren Punkt, der Verpflichtung, Beziehungen zu den „Nazis der Vergangenheit" aufzunehmen, um die „Nazis der Gegenwart", die Araber, wirksam bekämpfen zu können: „Weder wir, noch jemand anders [. . .] kann die sechs Millionen wieder zum Leben erwecken. Hingegen steht es jedoch in unserer Macht, einen weiteren Holocaust zu verhindern – nicht durch demagogische Redekunst [. . .] sondern durch kontinuierliche Anstrengungen, Israels Macht auszubauen."[72]

Ben-Gurion war hier ganz Realist. Länder, die sich noch vor kurzem als Todfeinde gegenübergestanden hätten, unterhielten nun gute Beziehungen, die zwar nicht auf „Liebe" basierten, aber auf „gemeinsamen Interessen"[73]. Als Beispiel nannte er die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die darauf beruhten, daß beide Staaten sich „gegenseitig brauchten", und nicht darauf, daß Frankreich Deutschlands Verbrechen vergessen habe. Das sei die Basis politischer Freundschaft, erklärte er.

Die zweite Rede hielt Ben-Gurion vor dem Zentralkomitee der Mapai. Hier betonte er, daß diejenigen, die Verhandlungen mit Deutschland ablehnten, in der Vergangenheit lebten und nicht an die Zukunft dächten und daß sie mit ihren Emotionen und nicht mit dem Überleben der jüdischen Nation beschäftigt seien. Er beschrieb Deutschland als eine zentrale Macht in Europa, deren Boykott Deutschland zu einem Verbündeten der Araber machen würde. Ein derartiger Schritt wäre eine „Dummheit oder gar ein Verbrechen"[74].

So hatte sich gegen Ende der fünfziger Jahre eine grundlegende Änderung in Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland vollzogen, die sich hauptsächlich in seiner Charakterisierung der Araber als „Nazis von heute" manifestierte. Er folgerte daraus, daß Israel mit Deutschland kooperieren müsse, um sich gegen die „Nazis von heute" verteidigen zu können. Israels Beziehung zu Deutschland war für ihn nichts anderes als die Beziehungen, die andere Staaten untereinander unterhielten, zum Beispiel Frankreich und Deutschland. Das Zahlungsabkommen war für ihn ein Beweis, daß die Bundesrepublik besser und moralischer war als die DDR. Bezeichnend ist, daß er diese Ideen vor einem nationalen Forum, der Knesset, und nicht wie in der vergangenen Krise vor einem Parteiforum präsentiert hatte.

---

[70] Ebenda.
[71] Ebenda.
[72] Ebenda, S. 2406.
[73] Ebenda, S. 2407.
[74] Sitzung des Mapai Zentralkomitees am 28. 6. 1959, in: LPA 23/59.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Wandel in Ben-Gurions Einstellung fand auch in Briefen Ausdruck, die er an israelische Bürger schrieb. In einem Brief an Frieda Sasson aus dem Kibbutz Givat Haim, den er einen Tag nach seiner dramatischen Nachricht in der Knesset von Adolf Eichmanns Festnahme verfaßte, erwähnte er, daß die Bundesrepublik „ihre Verantwortung für die NS-Verbrechen anerkannt" habe, während die DDR „gemordet und geerbt" habe und „eine Kompensation der Opfer nicht als Pflicht betrachte". Weiter erklärte er, daß Israels wichtigste Mission der Kampf gegen die „neuen Nazis" sei – gegen die Araber also, die danach trachteten, Israel zu zerstören: „Die Nachfolger der Nazis im Nahen Osten, in Ägypten und Syrien, wollen Israel zerstören – das ist die größte Gefahr, die uns droht, und gegen die wir kämpfen müssen. Dafür brauchen wir die Freundschaft *aller* Nationen, die bereit sind, uns überleben zu helfen, unsere Heimat aufzubauen und unsere Armee auszurüsten." Bezug nahm er dabei auch auf die nun freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die in gewisser Hinsicht als Beispiel für die israelisch-deutschen Beziehungen dienen könnten: „Frankreich und Deutschland waren seit Generationen bittere Feinde. In den letzten hundert Jahren versuchte Deutschland dreimal, Frankreich zu erobern und zu unterdrücken. Und General de Gaulle ist ein französischer Patriot, nicht weniger als Sie und ich jüdische Patrioten sind. Er erkennt jedoch die Veränderungen in der Welt, und er ist Westdeutschlands bester Freund – weil er weiß, daß die Gefahren, denen sich Frankreich heute gegenüber sieht, nicht aus Westdeutschland kommen, sondern von einem anderen [Land]. Deshalb braucht er Deutschlands Freundschaft. So ist auch für uns die Gefahr, der wir gegenüberstehen, nicht Deutschland, sondern ein anderer [Ort], und wir brauchen Frankreich und seine Verbündeten, damit sie uns helfen, unsere Armee auszurüsten."[75]

Am Ende seines Briefes erwähnte Ben-Gurion Eichmann und die „anderen" Deutschen: „Zufällig schreibe ich Ihnen einen Tag nach meiner Ankündigung, daß der Naziverbrecher Adolf Eichmann von unserem Geheimdienst gefaßt wurde. Meine Einstellung ihm gegenüber ist genau die gleiche wie die Ihre. Es gibt jedoch andere Deutsche, und wenn man Ihnen gesagt hat, daß zwischen Hitler und Adenauer kein Unterschied besteht, hat man Ihnen nicht die Wahrheit gesagt, und das ist schade."[76]

Auch in seinem Brief an Yisrael Galilee, Knessetmitglied und Generalsekretär der Achdut Ha'avoda, kam er auf die Verbindung zwischen Eichmanns Festnahme und seiner Einstellung zu Deutschland zu sprechen. Dabei kündigte er auch an, daß Eichmann vor ein israelisches Gericht gestellt werde[77]: „Das wird die Weltöffentlichkeit begreifen [. . .], daß in den Ländern um uns herum Dutzende und Hunderte von Nazis – Deutsche und Araber – für die arabischen Diktatoren arbeiten. In der Vergangenheit haben sie Juden ermordet, und jetzt planen sie, das jüdische Volk in seinem [eigenen] Land zu zerstören. Wir müssen die Weltöffentlichkeit daran erinnern, wer

[75] Brief, 24. 5. 1960, in: BGA, Korrespondenz.
[76] Ebenda.
[77] 26. 5. 1960, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Nachfolger sind, die planen, Israel zu vernichten, und wer, wissentlich oder nicht, ihre Helfershelfer dabei sind."

IV.

Am 14. März 1960 trafen sich Ben-Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria Hotel in New York. Eine israelische Zeitung schrieb damals, dies sei „ein Treffen, das die Geschichte einmal in hundert Jahren [arrangiert]"[78]. Amos Elon, der Korrespondent der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* in den USA, meinte, daß das Klima des Treffens entspannt war und in keiner Weise an die „düstere Atmosphäre erinnerte, die das Treffen zwischen Adenauer und Sharett vor acht Jahren in Luxemburg charakterisiert hatte". Diese freundliche Stimmung führte ihn zu der Schlußfolgerung, daß in dem eleganten Salon im Herzen Manhattans „eine Zeit, die 1932 begonnen hatte, zu Ende ging"[79]. Trotz seiner Bedeutung erwähnte Ben-Gurion das Treffen nicht in seinem Tagebuch, sondern nur in zwei Sitzungen, an denen er vor seiner Reise in die USA teilgenommen hatte und in denen die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland diskutiert worden war[80].

Das Protokoll des Treffens zwischen Ben-Gurion und Adenauer wurde vor kurzem veröffentlicht[81]. Ben-Gurion erwähnte zu Beginn des Gesprächs den Holocaust und berührte dann eine Reihe von weiteren Punkten: „Wenn [diese Millionen NS-Opfer] heute leben würden, dann hätte Israel kein Sicherheitsproblem." Es würde „zwei oder drei Generationen dauern, bis alle orientalischen, aus Asien und Nordafrika eingewanderten Juden wirklich [in der israelischen Gesellschaft] integriert und *halutzim* [zionistische Pioniere], wie die europäischen Juden, geworden sind". Hitler hätte den Traum von einem jüdischen Staat, der „3000 Jahre lang unser Ideal und unser Vermächtnis war", beinahe zerstört. Danach erklärte er, daß es zwar keine Wiedergutmachung für die Leben der Opfer geben könne, daß der schreckliche Schaden aber gemildert werden könne: „. . . wir wollen, daß Sie am Aufbau unseres Landes Anteil haben." Dabei kam er auch auf konkrete Forderungen nach militärischer Ausrüstung (Unterseeboote und Raketen) und finanzielle Unterstützung zu sprechen. Danach wurden globale Themen behandelt, und am Ende des Treffens sagte Ben-Gurion zu Adenauer: „Viele haben mich angegriffen, weil ich mich mit Ihnen treffe und weil ich zwischen Ihrem Deutschland und Hitlers Deutschland einen Un-

[78] „Ein einzigartiges Treffen", in: Ma'ariv, 15. 3. 1960.

[79] Ha'aretz, 15. 3. 1960. Adenauer und Sharett unterzeichneten das Zahlungsabkommen in Luxemburg im Jahr 1952.

[80] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. 2. und 23. 2. 1960, in: BGA.

[81] Vgl. Protokoll des Treffens zwischen Ben-Gurion und Adenauer, 14. 3. 1960 (Anmerkungen von Zaki Shalom), in: Iyunim Bitkumat Israel 6 (1996), S. 604–626, hier S. 605 (künftig: Shalom); Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), S. 309–344.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

terschied mache. Ich glaube, es entspricht nicht [den Werten der] jüdischen Nation, eine ganze Nation kollektiv zu beschuldigen und dies immer wieder und wieder zu wiederholen. Mein Gewissen ist rein, ich erfülle meine Pflicht als Jude und als Mensch. Mein Gewissen ist rein."[82]

Diesen Ton behielt Ben-Gurion auch in der Pressekonferenz nach dem Treffen bei: „Ich gehöre zu einer Nation, die die Vergangenheit nicht vergessen kann. Wir gedenken [. . .], damit es nie wieder geschehen wird." Später sagte er unter Bezugnahme auf seine Aussage, daß das heutige Deutschland nicht das Deutschland der Vergangenheit sei. „Nach meinem Treffen mit dem Kanzler war ich überzeugt, daß ich recht habe. Ich wünsche dem Kanzler allen Erfolg in seinen Bemühungen, Deutschland auf den Weg der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit zu führen." Und Shalom Rosenfeld von der Tageszeitung *Ma'ariv* teilte er mit: „Adenauer ist nicht schuldig." Dabei wiederholte er mehrmals den Satz: „Jedem sein eigenes Schicksal."[83]

Entgegen gewissen Behauptungen in der Presse sprachen Ben-Gurion und Adenauer nicht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern[84]. Für Ben-Gurion war dies kein wichtiges Thema. Vor seiner Abreise in die USA hatte er mit Haim Yahil, dem Generaldirektor des Außenministeriums, und Eliezer Shinnar, dem Vorsitzenden der israelischen Vertretung in Köln, darüber gesprochen[85]. Auf Shinnars Bericht, daß Adenauer das Thema der diplomatischen Beziehungen zu Israel auch im Kabinett ansprechen wolle, entgegnete Ben-Gurion: „Die [diplomatischen] Beziehungen stören mich nicht. Ich denke, zwei Themen sind hier sehr wichtig: daß die Deutschen in den nächsten zehn Jahren eine viertel Milliarde $ in unsere Industrie investieren [und daß sie] uns Waffen liefern."[86]

Adenauer widmet dem Treffen mit Ben-Gurion in seinen Memoiren ein ganzes Kapitel, hauptsächlich in der Form eines Gesprächsprotokolls. Den persönlichen Aspekt der Unterredung sprach er nur mit einem Satz an: „Ben-Gurion und ich fanden sogleich Kontakt zueinander."[87]

Ein weiteres Thema, das die beiden Politiker anschnitten, waren die jüngsten antisemitischen Vorfälle in Deutschland. Um Weihnachten 1959 hatten Unbekannte die Synagoge in Köln mit Hakenkreuzen und antisemitischen Sprüchen beschmiert. Kurz darauf kam es auch in anderen deutschen Städten zu Vorfällen dieser Art; insgesamt sollen es 400 gewesen sein. Nahum Goldmann, der Präsident der World Zionist Organization, warf Ben-Gurion einige Tage nach dessen Treffen mit Adenauer vor, daß er diese Vorfälle ignoriere, und er distanzierte sich auch von Ben-Gurions Unterscheidung zwischen dem „Deutschland der Vergangenheit" und dem „Deutschland der Gegenwart": „Wir sind noch weit von dem Tag entfernt, an dem

[82] Shalom, S. 617.
[83] Ma'ariv, 15. 3. 1960.
[84] Siehe z. B. „Die Blechschild-Doktrin", in: Der Spiegel, 23. 3. 1960, S. 17f.
[85] Vgl. Tagebuch Ben-Gurions, 7. und 23. 2. 1960, in: BGA; Shalom, S. 625.
[86] Tagebuch Ben-Gurions, 7. und 23. 2. 1960, in: BGA.
[87] Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1959–1963, Stuttgart 1968, S. 32–40.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir sagen können, daß das heutige Deutschland nicht dem Deutschland der Vergangenheit gleicht. Darauf gibt es keinerlei Hinweis. Im Gegenteil: Es gibt klare Anzeichen dafür, daß das Deutschland der Vergangenheit in der Bundesrepublik wohl und lebendig ist."[88]

Obwohl Ben-Gurion sich auf diese Vorfälle nie direkt bezog, war er doch über den Antisemitismus in Deutschland sehr beunruhigt. In seinen Treffen mit deutschen Besuchern kam er immer wieder auf diesen Punkt zurück. So fragte er zum Beispiel Max Adenauer, den Sohn des Kanzlers, ob die Gefahr bestehe, daß sich in Deutschland eine neue Nazipartei entwickle. Adenauer antwortete darauf: „Im Gegenteil, unter Jugendlichen gibt es eine starke Reaktion gegen den Nazismus und einen Wunsch nach europäischer Vereinigung. Es gibt [wirklich] solche, die jüdische Gräber verwüsten; sie zerstören allerdings auch christliche Gräber. Das sind Akte von Rowdytum."[89]

Ben Gurion besprach die Frage des Antisemitismus in Deutschland auch mit der Tochter von Carlo Schmid, einem hochrangigen SPD-Politiker, der Israel im Dezember 1959 besuchte. Auf Bitte ihres Vaters äußerte sie sich gegenüber Ben-Gurion auch über die junge Generation in Deutschland. Seine Schlußfolgerung aus dieser Unterhaltung lautete: „Über Aggressionen seitens dieser Jugendlichen gegenüber dem jüdischen Volk müssen wir uns keine Sorgen machen."[90] In der Knesset erklärte er, der Antisemitismus sei eine beängstigende Erscheinung, aber es gäbe ihn nicht nur in Deutschland. Man könne deshalb aufgrund dieser Ereignisse keine weitreichenden Schlußfolgerungen ziehen: „Es stimmt, daß sich kürzlich beunruhigende Vorfälle in Deutschland ereignet haben. [. . .] aber sie haben sich seitdem auch in anderen Ländern zugetragen. [. . .] Wenn ich mich auf das gegenwärtige Deutschland beziehe, dann weise ich den Titel ‚Nation der Mörder' zurück. Ich betrachte dies als rassistisch. Ich glaube, die Naziideologie ist gotteslästerlich und daß wir auf ihren Einfluß achten müssen. Jeder muß nach seinen Taten beurteilt werden, und so auch jede Regierung."[91]

Ben-Gurion erwähnte in der Knesset auch seine Unterredung mit Carlo Schmid, „dessen menschlicher Integrität ich vertraue". Schmid sagte, das Problem der deutschen Jugend sei ein zuviel an Pazifismus, sie sei vorschnell pazifistisch. In seinen Memoiren schrieb Schmid, „dieser Satz war vielleicht die Schlußfolgerung meines Besuches in Israel"[92].

---

[88] Michael Pragai vom israelischen Generalkonsulat in New York zu Yitzhak Navon, dem Sekretär Ben-Gurions, am 21. 3. 1960, in: ISA, 6383c/3654c/l.

[89] Tagebuch Ben-Gurions, 6. 4. 1958, in: BGA.

[90] Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979, S. 639. Über Ben-Gurions Treffen mit Schmid siehe sein Tagebuch vom 26. 12. 1959, in: BGA. Ben-Gurion war sehr bewegt, als ihm Schmid erzählte, daß sein Sohn Selbstmord verübt hatte, weil „er nicht mehr einer Nation angehören konnte, die diese Verbrechen begangen hatte", und betonte: „als [Schmid] davon erzählte, weinte er".

[91] Sitzung der Knesset, 20. 1. 1960, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 28, S. 420.

[92] Schmid, Erinnerungen, S. 420.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ben-Gurions Treffen mit Adenauer und vor allem seine späteren Kommentare in der Presse führten zu vielen wütenden Reaktionen vor allem von seiten der traditionellen Gegner jeglicher Beziehungen mit Deutschland. Die Kommunisten stellten einen Mißtrauensantrag in der Knesset, dem die Aussage des Abgeordneten Shmuel Mikunis voranging, Ben-Gurions Erklärung sei ein „brutaler Mißbrauch des Gedenkens an unsere ermordeten Brüder", und Esther Raziel Naor von der Herut-Partei hielt das offenkundig freundliche Treffen für eine „historische Schande"[93]. Ben-Gurion wurde jedoch auch von anderen, die sich vorher nicht gegen Beziehungen mit der Bundesrepublik ausgesprochen hatten, stark kritisiert[94].

Trotzdem führte das Treffen zwischen Adenauer und Ben-Gurion nicht zu einer politischen Krise, wie dies 1952 anläßlich der Debatte über die Wiedergutmachung der Fall gewesen war. Es gab keine öffentlichen Demonstrationen, und der Protest gegen das Treffen hatte viel von einem mechanischen Ritual, das politisch folgenlos blieb. Dem entsprach auch die Tatsache, daß nur die drei Kommunisten unter den 120 Knessetmitgliedern für den Mißtrauensantrag stimmten. Die Reaktion der israelischen Öffentlichkeit auf das Treffen zwischen Ben-Gurion und Adenauer wurde von der britischen Botschaft in Tel Aviv am 18. März 1960 treffend so beschrieben: „Die Öffentlichkeit hat, soweit wir es beurteilen können, ein minimales Interesse gezeigt. Die Wahrheit ist, daß das Treffen zwischen Herrn Ben-Gurion und Dr. Adenauer in New York für die meisten Menschen in Israel eine relativ geringe Bedeutung hat. Eine der bemerkenswerten Eigenschaften der Regierung in Bezug auf den Verkauf von Waffen an Deutschland im letzten Jahr war, daß dies keine wirkliche Aufregung erzeugte. Der gegenwärtigen Episode in den israelisch-deutschen Beziehungen wurde sogar mit einer noch größeren Apathie begegnet."[95]

Nur zwei Monate später, am 23. Mai, gab Ben-Gurion in der Knesset bekannt, daß Adolf Eichmann gefaßt worden und auf dem Weg nach Israel sei, das ihn entsprechend dem „Gesetz für die Bestrafung von Nazis und ihrer Kollaborateure" vor Gericht stellen werde. Tom Segev beschreibt das Dilemma, mit dem sich Ben-Gurion konfrontiert sah, wie folgt: Wie sollte man Eichmann, d. h. die Nazis, vor Gericht stellen, ohne dabei gleich das gesamte deutsche Volk zu verurteilen? Ben-Gurion hatte auch darauf eine Antwort. Er bat Gideon Hausner, den Generalstaatsanwalt und Ankläger im Eichmann-Prozeß, drei Korrekturen in seiner Einführungsrede vorzunehmen: Bei der Erwähnung Deutschlands sollte jedes Mal das Adjektiv „Nazi" hinzugefügt werden. Außerdem sollte der Nationalsozialismus nicht als unausweichli-

[93] Sitzung der Knesset, 16. 3. 1960, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 28, S. 918f.

[94] Vgl. z. B. „Ben-Gurion – Adenauer: A Dangerous Meeting" (Hebr.), in: Ha'aretz, Leitartikel, 16. 3. 1960. Ha'aretz stand der Aufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Ländern sonst positiv gegenüber.

[95] Bericht der Britischen Botschaft in Tel Aviv an das Außenministerium in London, 18. 3. 1960, in: PRO, F. O. 371/151170.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ches Phänomen dargestellt werden. Und schließlich sollte Eichmanns persönliche Schuld und nicht die Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes betont werden[96].

Vor der Eröffnung des Prozesses sorgte die deutsche Frage nicht nur in Israel, sondern auch in Deutschland für große Aufregung. Teddy Kollek, der Generaldirektor des Büros des Ministerpräsidenten, schrieb an Shinnar, den Vorsitzenden der israelischen Vertretung in Köln, daß die Deutschen „sehr sensibel" in bezug auf den Eichmannprozeß seien und daß das israelische Kabinett deshalb an die Veröffentlichung einer offiziellen Erklärung dächte, in der die Unterschiede zwischen Adenauers Deutschland und dem von Eichmann repräsentierten Deutschland hervorgehoben werden sollten[97]. Dies spiegelte auch Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland im Jahr 1960 wider. Seine Unterscheidung zwischen dem alten und dem neuen Deutschland fand in der Erklärung Ausdruck, die er nach seinem Treffen mit Adenauer abgab. Sie manifestierte sich jedoch paradoxerweise vor allem in seiner Entscheidung, Eichmann in Israel vor Gericht zu stellen und gleichzeitig die Beziehungen mit der Bundesrepublik auszubauen. Für Ben-Gurion war dies der endgültige Beweis dafür, daß es zwei unterschiedliche Deutschland gab.

V.

1962/1963, den letzten Regierungsjahren Ben-Gurions, bewegte die deutsche Frage erneut die Gemüter der israelischen Öffentlichkeit. Man hatte nämlich deutsche Wissenschaftler in Ägypten entdeckt, die dort bei der Entwicklung chemischer Waffen mitarbeiteten. Viele Mitglieder der Koalition, aber auch der Opposition waren überzeugt, daß dies eine existentielle Bedrohung für den Staat Israel darstelle und daß man alles unternehmen müsse, um ihr wirkungsvoll begegnen zu können. Ben-Gurion war anderer Meinung. Er glaubte nicht, daß man das Thema zu einer zentralen Frage in den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik machen sollte, und er meinte ferner, daß man nichts unternehmen dürfe, was die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Unterstützung, die Israel damals von Bonn erhielt, gefährden würde. Dabei deutete er auch an, daß eine Konfrontation mit der Regierung Adenauer die Entwicklung einer Abschreckungswaffe stören könne und daß man deren Bedeutung für die Sicherheit Israels und die Vermeidung kommender Kriege gar nicht hoch genug einschätzen könne[98]. Diese Einstellung führte dazu, daß er die Forderung von Isser Harel, dem Chef des israelischen Geheim-

[96] Vgl. Tom Segev, Die Siebte Million: Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995, S. 457f.

[97] Brief, 14. 3. 1961, in: ISA, 6384/3657II/c.

[98] Siehe dazu die Aussagen Ben-Gurions anläßlich eines Treffens mit den Herausgebern israelischer Tageszeitungen am 31. März 1963, in: ISA, 7224/39 a.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diensts, von der Bonner Regierung energische Schritte zur Einstellung der Aktivität deutscher Wissenschaftler in Ägypten zu verlangen, zurückwies[99].

In diesem Zusammenhang wurde Ben-Gurions Einstellung zu Deutschland erneut deutlich. Aufs neue unterstrich er dabei, daß diejenigen, die Hitlers Deutschland mit Adenauers Deutschland gleichsetzten, nicht wüßten, wovon sie sprechen. So schrieb er etwa an Arieh Margel aus Kfar Sabah, der diese Gleichsetzung vorgenommen hatte: „Sie haben recht, daß man aus den Taten der Menschen in der Vergangenheit (in gewissem Maße) auf ihre Taten in der Zukunft schließen kann, und deshalb meine ich, daß wir heute vor einem anderen Deutschland stehen. Der Mann, der vor zwanzig Jahren [. . .] an der Spitze Deutschlands stand und die Vernichtung des jüdischen Volkes predigte und auch ein Drittel des jüdischen Volkes, das in den von ihm kontrollierten Gebieten lebte, vernichtet hat, ist nicht der Mann, der heute an der Spitze Deutschlands steht. Dieser hat nie die Vernichtung der Juden gepredigt und nie einen Juden angegriffen. Und wenn Sie zwischen Hitler und Adenauer nicht zu unterscheiden wissen, dann habe ich nichts mit Ihnen zu reden."[100]

Außerdem hob er hervor, nicht nur die politischen Führer wie Konrad Adenauer und Willy Brandt, sondern alle Deutschen unter 25 seien an den Verbrechen der Nazis nicht beteiligt gewesen. Deshalb sei jeder Versuch, alle Deutschen zu Verbrechern zu stempeln, rassistisch und sogar hitlerisch: „Der Versuch, einen Menschen nur deshalb zu verurteilen, weil er dem deutschen Volk angehört, hat einen hitlerischen oder – sanfter ausgedrückt – rassistischen Geruch. Die deutsche Rassenlehre war die Lehre Hitlers, aber mir ist nicht bekannt, daß dies die Lehre Adenauers oder Willy Brandts ist oder die von Millionen Deutschen im Alter von 18–25 Jahren. Ich weiß, daß die Methode der Nazis darauf aufbaute und daß sie im Krieg ausgeführt wurde, wie Sie sagen, aber mir ist nicht bewußt, daß diese Methode der Nazis von Adenauer oder Brandt oder von den Deutschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ausgeführt wurde."[101]

Die wirklichen Feinde Israels seien die arabischen Staaten. Die Araber seien die „Nazis von heute", und deshalb dürfe und müsse man sogar mit dem „anderen Deutschland" zusammenwirken, um diese neuen Nazis zu bekämpfen, wie Ben-Gurion an den Jerusalemer Arzt Dr. Shimon Sharshavsky schrieb: „Was Israel angeht, so besteht kein Unterschied zwischen Hitler und Abdul Nasser oder den Herrschern von Damaskus."[102] Im Zusammenhang damit stand auch der Hinweis, daß viele arabische Herrscher das NS-Regime unterstützt hätten. Hier sollte eine assoziative Verbindung zwischen Arabern und Nazis hergestellt werden. In einer Debatte in der Knesset sagte Ben-Gurion dazu: „Wir sind uns der tiefen Sympathie, die fast alle arabischen Herrscher der Nazibestie entgegenbrachten, ebenso bewußt wie der Tatsache, daß sie für deren Sieg beteten. Einige arabische Anführer haben mit Hitlers

[99] Vgl. dazu Michael Bar-Zohar, Ben-Gurion, Tel Aviv 1977, S. 1531–1533.
[100] Brief, 7. 8. 1963, in: BGA, Korrespondenz.
[101] Aus einem Brief Ben-Gurions an Yariv Ben-Aharon, Tel Aviv, 14. 7. 1963, in: Ebenda.
[102] Brief, 25. 4. 1963, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Henkern an der Ermordung von Millionen von Juden zusammengearbeitet."[103] Das Argument, daß Israel mit dem Feind von gestern zusammenarbeiten müsse, um den Feind von heute bekämpfen zu können, wurde auch in einem Hintergrundgespräch herangezogen, das der Ministerpräsident am Tag des Rücktritts von Isser Harel von seinem Amt als Chef des israelischen Geheimdienstes mit Herausgebern israelischer Zeitungen führte[104].

Ferner wies Ben-Gurion häufig darauf hin, daß gewisse Eigenschaften Hitlers auch bei anderen Tyrannen wie etwa Stalin zu finden gewesen seien. Und so wie man nicht das ganze russische Volk für Stalins Taten verantwortlich machen könne, könne man auch das ganze deutsche Volk nicht mit Hitler gleichsetzen. Dieser Gedanke tauchte vor allem – und gewiß nicht zufällig – in der Korrespondenz Ben-Gurions mit Angehörigen der zionistischen Linken auf. Yakov Hasan, einem Knessetmitglied und einem der prominentesten Anführer der israelischen Linken, der gegen Ben-Gurions Gleichsetzung von „Hitlers Regime, das ein Drittel unseres Volkes vernichtet hat [...], mit dem kommunistischen Regime selbst in den Tagen finsterster Entartung des stalinistischen Regimes"[105] protestiert hatte, entgegnete er ironisch: „Ich weiß nicht, ob Stalin besser als Hitler war. Was stimmt, ist, daß er nicht sechs Millionen Juden ermordet hat."[106] In einem anderen Brief wurde er noch deutlicher: „Ich habe gelesen, was der Großvater von Yariv[107] über die Streiche Stalins vor Chruschtschows Rede beim 20. Zusammentreffen der kommunistischen Partei Rußlands geschrieben hat, und ich bin nicht bereit, einen einzelnen Russen oder das ganze russische Volk dafür zu verurteilen, daß sie den Greueltaten Stalins keinen Widerstand geleistet haben. Ich glaube an den Satz: Verurteile niemanden, bis du nicht an seiner Stelle gestanden hast. Ich verurteile jeden, der an diesen Greueltaten Anteil hatte, aber ich kann nicht ein ganzes Volk dafür verurteilen, daß es sich diesen Greueltaten nicht widersetzt hat."[108]

Klar war dabei immer, daß die Angriffe auf Ben-Gurions Deutschlandpolitik nicht nur sachlich begründet waren, sondern auch ein eindeutig innenpolitisches Ziel hatten: die Schwächung seiner Partei und vor allem die Schwächung seiner Position[109], was wiederum die Entschiedenheit Ben-Gurions mit erklärt.

Ben Gurion unterstützte Beziehungen zur Bundesrepublik, weil für ihn das Überleben Israels die oberste Priorität hatte. In den späten fünfziger Jahren zitierte er ger-

---

[103] Rede Ben-Gurions während einer Sitzung der Knesset am 6. 5. 1963, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 37, S. 1768.

[104] Vgl. Treffen des Ministerpräsidenten mit den Herausgebern der israelischen Presse, 31. 3. 1963, in: ISA, 7224/39 a.

[105] Mishmar Ha'Emek, 15. 3. 1963, in: BGA, Korrespondenz.

[106] HaKiriya, Tel Aviv, 25. 3. 1963, in: Ebenda.

[107] 1953 schrieb Ben-Gurion in der Zeitung Davar eine Reihe von polemischen Artikeln gegen Mapam und unterschrieb mit „Der Großvater von Yariv".

[108] Aus einem Brief an Yariv Ben-Aharon, Tel Aviv, 14. 7. 1963, in BGA, Korrespondenz.

[109] Vgl. dazu Aussagen während eines Treffens, das von der Abteilung für Fachverbände von Mapai in der Schule für Arbeiterfortbildung in Beit Berl veranstaltet wurde, in: LA, 22/63.

Jahrgang 48 (2000), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne seine politischen Gegner, die in einer Debatte über Israels sicherheitspolitische Beziehungen mit Deutschland gesagt hatten, daß sie sogar bereit wären, mit dem Teufel zu paktieren, um Waffen zu erhalten[110]. Für Ben-Gurion handelte es sich dabei um sehr viel mehr als nur um eine pragmatische Angelegenheit: Die Existenz des Staates Israel, das auch von dessen Fähigkeit zur Selbstverteidigung abhing, hatte in seinen Augen vor allem eine moralische und ethische Bedeutung. Hinzu kam die große Bedeutung, die er nach der Unterdrückung während des langen Exils der Souveränität des jüdischen Volkes in seinem eigenen Land beimaß[111]. Die dringenden Bedürfnisse des jungen Staates wogen in seinen Augen schwerer als die Verpflichtung, das Gedenken an die Vergangenheit wachzuhalten und sich dabei von Deutschland fernzuhalten. Ben-Gurions Deutschland-Perzeption aus dem Jahr 1963 kann so als kontinuierliche Weiterentwicklung seiner Einstellung aus dem Jahr 1933 betrachtet werden, als er das Transferabkommen unterstützte und den Boykott Deutschlands ablehnte.

Aus dem Englischen übersetzt von Almuth Lessing

[110] Vgl. die Rede in der Knesset am 30. 6. 1959, in: Records of the Knesset (Hebr.), Bd. 27, S. 2046.

[111] Zu diesem Thema vgl. Eliezer Don-Yehia, Memory and Political Culture: Israeli Society and the Holocaust, in: Studies in Contemporary Jewry IX (1993), S. 139–161.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte